

# Central-Volkshlatt

für den Regierungsbezirk Arnberg  
mit den Gratis-Beilagen „Sonntagsblumen“ und „Der Gemeinnütze“.

Besteht täglich mit Ausnahme der  
Sonntage und Feiertage und kostet nicht  
etwas durch Boten oder die Post bezogen  
1. 2 Mk., durch den Briefträger ins Haus  
gebracht 2. 2 Mk.

Anzeigen werden fortgesetzt bis 2  
nachm. in Arnberg, größere werben  
früher. Die festgebaltene  
Seite oberer Raum kostet 20  
Kilometer in Leipzig die Seite 60

Verleger:  
Arnberg Nr. 44  
Weil Nr. 278

Hauptverbreitungsbezirk: Die Kreise Arnberg, Feich, Lippstadt, Meisdorf, Grilon, Olpe,  
Altena, Herlarh und Hamm.

Postfach-Nr. 53 445.

Telegr.-Nr. 1  
Wöpperstein.

Nr. 271.

Arnberg und Weil, Freitag den 22. November 1918.

63. Jahrgang

## Zentrumswähler schließt die Reihen!

Liבקnecht & Co.

In der ersten Stunde vor seinem endgültigen Zusammenbruch mag der russische Bolschewismus in aller offiziellen Form das deutsche Volk zu denselben wahnsinnigen Experimenten, zu demselben Einreisen der eigenen Welt aufzurufen, wie sie in dem ehemaligen Zarenreiche zu Hunger, Terror und Vernichtung geführt haben. „Nagt Euch keine Nationalversammlungen aufschwemmen“, mag die russische Regierung den Arbeitern, Soldaten, Bürgern und Bauern zurufen. „Stellt Liבקnecht an die Spitze einer Massenbewegung, die alles andere vom Anteil an der Arbeit der Nation ausschließt, die alles andere von der Verteilung der Arbeit ausschließt, die alles andere von der Verteilung der Arbeit ausschließt, die alles andere von der Verteilung der Arbeit ausschließt.“ Und in Arbeiterratskreisen hat man tatsächlich die von den Arbeiterräten (nicht Soldatenräten) der Reichshauptstadt. Diese haben dieser Tage im Zirkus Busch eine große Versammlung abgehalten, die sich gegen die Einberufung der Nationalversammlung erklärte. Der Vorsitzende des Volkswahlkommissiones Richard Müller äußerte u. a.: „Nur über meine Leiche geht der Weg zur Konstituante!“ Der Volkskommissar Dase wies darauf hin, daß die Regierung ihre Macht aus den Arbeiter- und Soldatenräten herleite. Bisher habe eine kleine Minderheit die große Masse des Volkes geknechtet. Die Arbeiterschaft bilde die überwiegende Masse des Volkes, das Bürgertum dagegen nur einen verschwindend kleinen Teil. Die Konstituante könne nicht schon jetzt einberufen werden wegen der schwierigen Vorarbeiten. Auch sei vorher die Sozialisierung großer wichtiger Betriebe nötig, wenn Deutschland nicht verflüssigt werden solle. Ledebour, der gegen Haase und andere zu polemisieren versuchte, wurde stürmisch unterbrochen. Ebert und Liבקnecht kamen nur noch mit persönlichen Bemerkungen zu Wort. Ebert schloß sich Haase an, Liבקnecht forderte die sozialistische Revolution. Schließlich wurde folgende Resolution mit großer Mehrheit angenommen:

„Das Bestreben der bürgerlichen Kreise, so schnell als möglich eine Konstituante einzuberufen, soll die Arbeiter um die Früchte der Revolution bringen. Der Volkswahlrat der Arbeiter- und Soldatenräte Groß-Preussens verlangt daher die Einberufung einer Delegiertenversammlung der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands. Diese hat auf Grund eines von hier festzusetzenden Wahlgesetzes einen Zentralrat der deutschen Arbeiter- und Soldatenräte zu wählen, der eine neue, den Grundsätzen der proletarischen Demokratie entsprechende Verfassung zu entwerfen hat. Diese Verfassung ist der von ihnen zu berufenen Konstituanteversammlung zur Beschließung vorzulegen.“

Man kann sagen, daß damit die heutige Regierung ihre erste Schlacht verloren hat. Die Firma Liבקnecht hat es erreicht, daß die Einberufung der großen Mehrheit des deutschen Volkes betr. die Einberufung der Nationalversammlung vorläufig nicht auf Erfüllung hoffen kann. Das Volk, das speien unter den brutalen Häuten seiner zahlreichen äußeren Feinde zusammengebrochen ist, soll dazu für lange Zeit schwächen in der tyrannischen Knechtschaft einer von infernalism Das gegen die höchsten Güter der Menschheit erfüllten Eliten Clique. Wer jetzt noch nicht die Gefahr, die dem gesamten deutschen Volke droht, erkennt, dem ist nicht zu helfen. Alle Schichten der deutschen Nation verlangen immer dringender nach der Nationalversammlung. Nur Herr Liבקnecht und die Seinen wehren sich dagegen der Nation die Gelegenheit zur Fundgebung ihrer Ansicht über die heutige Zukunft zu bieten. Lieber soll Deutschland hundertzug zugrunde gehen, wenn nur über den rauchenden Ruinen das Banner einer Rosa Luxemburg und ähnlicher merkwürdiger Zeitgenossen flattert. Zerstörung ist das Programm der Spartakus-Deute, Zerstörung bis auf die Grundfesten des heutigen Lebens. Nicht ein Stein darf auf dem andern bleiben, der Massenmord muß in Permanenz erklärt werden, damit der letzte Bürger ins Grab sinkt, wenn nur dann die zermürbete Welt wehrlos den Experimenten der deutschen und der russischen Bolschewisten zur Verfügung steht. Immer wieder erklären sich die Arbeiter- und Soldatenräte gegen jede Diktatur, so in den letzten Tagen wieder der von Stuttgart. Und die Funktionäre der deutschen Diktatur haben den russischen Bolschewisten die prompte Erklärung übermittelt:

„Die deutsche Arbeiter- und Soldatenbewegung ist antibolschewistisch. Die Soldatenräte der Diktatur... weisen jegliche Gemeinschaft mit dem gewalttätigen und zerstörenden Bolschewismus zurück.“

So ist es an der Front, so ist es in der Heimat. Trotz dem setzt Liבקnecht seine Wühlarbeit fort. Ob er nicht befürchtet, daß für ihn und eine Anhänger in nicht allzuferner Zeit die Stunde schlägt, in der es sich bitter an ihm rächen wird, daß er das Vaterland in seiner schwersten Stunde in unheilbar schreckliche innere Wirren gestürzt und sich selbst im lächelnd außerhalb von Recht und Gesetz gestellt hat?

Dresden, 21. Nov. Der geschäftsführende Ausschuss der nationalliberalen Partei Sachsens fordert in einem Aufrufe, in dem er sich zur Republik bekennt, die sofortige Einberufung der Nationalversammlung.

Mainz, 21. Nov. Der Vorstand der nationalliberalen Partei bittet seine Mitglieder sich vorbehaltlos dem Arbeiter- und Soldatenrat zur Verfügung zu stellen, und verlangt die

## sofortige Einberufung der Nationalversammlung.

— Mannheim, 21. Nov. Hier hat sich ein Volkerrat gebildet, der sich aus Anhängern aller auf nicht sozialdemokratischem Boden stehenden Parteien zusammensetzt. Derselbe fordert unverzügliche Vorname der Wahlen zur badischen Landes- und zur deutschen Nationalversammlung.

— Berlin, 21. Nov. Staatssekretär des Innern Dr. Preuß erklärte einem Vertreter der Pol. Parl.-Nachr. gegenüber, daß alle Mitglieder der Reichsregierung über die unbedingte Notwendigkeit der schleunigen Einberufung der Nationalversammlung vollständig einig seien.

— Berlin, 21. Nov. Gegenüber dem Ausspruch von Richard Müller im Zirkus Busch, nur über seine Leiche gehe der Weg zur Konstituante, erklärte der „Vorwärts“, daß der Friedensschluß und die Volksernährung der baldigsten Zusammenkunft einer Nationalversammlung fordere.

\* Berlin, 20. Nov. Am Dienstag abend hielten die sozialdemokratischen Organisationen stark besuchte Mitgliederversammlungen ab, an denen vielfach auch Unabhängige teilnahmen. Die Versammlungen sprachen sich meist einstimmig für schleunige Einberufung der Nationalversammlung und für Wiedervereinigung der beiden sozialdemokratischen Parteien aus.

X Bern, 21. Nov. Die englische Times ist von höchstem Mißtrauen gegen Deutschland erfüllt und fordert unbedingt die Einberufung einer verfassunggebenden Nationalversammlung.

## Dem Frieden entgegen.

\* Rotterdam, 20. Nov. Der parlamentarische Korrespondent der „Daily News“ schreibt: Mitte Dezember wird als Vorbereitung eine interalliierte Konferenz in Paris stattfinden, um den Delegierten einen Gedankenanstoß zu ermöglichen. Der Friedenskongress selbst wird vermutlich im Januar in Versailles zusammenkommen und sein Hauptquartier in Paris haben.

Der Korrespondent listet dann diejenigen Namen folgen, die bereits für die Konferenz feststehen und zu denen später noch einige Delegierte hinzukommen sollen. Es sind für Frankreich: Clemenceau, Briand, Tardieu, Bourgeois.

England: Lloyd George, Balfour und wahrscheinlich Lord Reading, ein Abgeordneter und ein oder mehrere Abgeordnete der Dominions. Sollte die Regierung nach den Neuwahlen noch am Ruder sein, so dürfte sie Legation einen Posten in dem Koalitionsministerium anbieten, um ihm Gelegenheit zu geben, als Regierungsvize an den Friedensverhandlungen teilzunehmen. Ob Lord Grey zu den Abgeordneten gehören wird, ist noch unbestimmt.

Vereinigte Staaten: Wilson, Root, Lansing und House;

Italien: Sonnino und Orlando;

Belgien: vermutlich der Premierminister Cooremans und Vandervelde;

Japan: die Gesandten in London und Paris Matsui und Ginda;

Rumänien: Take Jonescu;

Griechenland: Venizelos;

Serbien: Paschitsch;

Tschechoslowakei: Masaryk;

Südflawien: Venesich.

Für Rußland ist bisher noch kein Vertreter angewiesen.

WB Washington, 20. Nov. Vom Weißen Hause wird folgendes bekanntgegeben:

Der Präsident beabsichtigt, sofort nach Eröffnung der regelmäßigen Session des Kongresses nach Frankreich abzureisen, um an den Erörterungen der Festlegung der Hauptpunkte des Friedensvertrages teilzunehmen. Wahrscheinlich wird es ihm noch möglich sein, auf der Friedenskonferenz während der ganzen Dauer anwesend zu sein; aber bei ihrem Beginn ist seine Anwesenheit notwendig, denn es ist klar, welche Nachteile in der telegraphischen Behandlung liegen würden, wenn es sich um die Bestimmung der Hauptlinie des endgültigen Friedens handelt, über die er notwendig zu Rate gezogen werden muß. Der Präsident wird natürlich von Delegierten begleitet sein, die die Vereinten Staaten während der ganzen Konferenz vertreten werden. Die Namen der Delegierten werden demnächst bekanntgegeben. Der Kongress tritt zusammen in der nächsten Woche. Der Präsident wird also wahrscheinlich in drei Wochen abreisen.

## Die Absichten der Entente im Osten.

WB London, 20. Nov. (Reuters.) In Beantwortung einer Anfrage Posenbyds sagte Lord Cecil im Unterhause, es sei ganz unmöglich, eine bindende Erklärung darüber abzugeben, ob England eine militärische Aktion in Rußland unternehmen werde und welcher Art diese sein würde. Die Regierung habe gewiß keine Lust, England am Ende dieses großen Krieges in militärische Operationen zu verwickeln. Die sogenannte russische Regierung habe sich aber gegen England in einer Weise vergangen, die England jeder zivilisierten Regierung gegenüber zum bewaffneten Eingreifen berechtigt haben würde. England müsse in erster Linie die Interessen und Wünsche der Bevölkerung Rußlands in Betracht ziehen, die Bolschewiki aber könnten keinen Anspruch auf irgend eine Rücksicht seitens der britischen Regierung erheben.

## Fordert die Nationalversammlung!

Was die Forderung nach Vertreibung der türkischen Regierung aus Konstantinopel betreffe, müsse man bedenken, daß Konstantinopel eine überwiegend türkische Stadt ist. Auf jeden Fall werde dieser Punkt bei der Friedenskonferenz zur Sprache gelangen. Die Regierung stehe der Frage, was künftig in Konstantinopel herrschen solle, ohne jedes Vorurteil gegenüber. Es sei aber ganz sicher, daß man den Mächten, die in Konstantinopel vorherrschen, nicht gefallen könne, das Uebergewicht zu behalten und daß die Dardanellen und der Bosporus für den Welthandel zukünftig absolut frei bleiben müssen. Wenn das gesichert sei, verliere die Frage, wer in Konstantinopel tatsächlich herrscht, an Bedeutung. Es sei schwierig, die Grenzen des armenischen Staates zu ziehen, aber die britische Regierung würde erntauscht sein, wenn irgendwelche Reste der türkischen Herrschaft in Armenien übrigblieben. Das Ziel sei, in großen Zügen alle unterdrückten Völker, sowohl die Kurden und Araber als auch die Juden und Griechen zu befreien.

Die Türken könnten nur dann auf milde Rücksicht hoffen, wenn sie sich bereit, unverzüglich die Waffenstillstandsbedingungen und die anderen Bedingungen, die die Gerechtigkeit der Eroberer ihnen auferlegte, zu erfüllen.

## Eine Erklärung des Reichstagspräsidenten.

\* Berlin, 21. Nov. Reichstagspräsident Fehrenbach, der letzten Sonntag von Freiburg nach Berlin zurückgekehrt ist, hat der Reichsleitung nach Besprechung mit den Parteiführern und dem Mitglied der Regierung, Herrn Ebert, nachfolgende Erklärung zugehen lassen:

In der am Sonntag den 10. November 1918 zur Entgegennahme der Waffenstillstandsbedingungen im Reichslanglerpalais abgehaltenen Sitzung, an welcher außer sämtlichen Mitgliedern der damaligen Regierung auch Vizepräsident Dove und ich teilnahm, habe ich die Frage aufgeworfen, ob etwa, wie verlautet, die Aufhebung des Reichstags geplant sei, und ob verneinendenfalls die für den nächsten Mittwoch angeordnete Sitzung stattfinden könne. Darauf erklärte der damalige Reichskanzler Ebert, daß über eine etwaige Aufhebung des Reichstags noch kein Beschluß gefaßt sei, daß aber jedenfalls die angesagte Sitzung nicht abgebrochen werden könne. Dagegen kommt ich nach Sachlage keine Einwendung machen. Am 14. November 1918 habe ich sodann telegraphisch angefragt, ob gegen eine auf die nächste Woche vorgesehene Einberufung des Reichstags Einspruch erhoben und eventuell dagegen Maßnahmen getroffen werden sollten. Ich erhielt die telegraphische Antwort, daß nach Befestigung des deutschen Kaisertums und des Bundesrats als gesetzgebende Körperschaft auch der Reichstag nicht mehr zusammenberufen könne. Diese Anschauung vermag ich weder in ihrem Inhalt noch in ihrer Begründung als zutreffend anzuerkennen. Zwingende Rücksichten auf die gegenwärtige Lage veranlassen mich aber, zurzeit von der Einberufung des Reichstags abzusehen. Ich behalte mir die jedoch ausdrücklich vor. Es können Verhältnisse eintreten, die sowohl der jetzigen als auch einer künftigen Reichsleitung den Zusammentritt des Reichstags als erwünscht, vielleicht sogar als notwendig erscheinen lassen.

Fehrenbach, Präsident des Deutschen Reichstags.

## Die Nahrungsmittelversorgung.

\* Bern, 21. Nov. Wie der amerikanische Präsident in der Schweiz aus New-York meldet, veröffentlichte Hoover, der Nahrungsmittelminister der Vereinigten Staaten, vor seiner Abreise nach Europa einen Bericht, in dem es heißt:

Ich gehe nach Europa, um die weiteren Maßnahmen für die Nahrungsmittelversorgung zu treffen, welche infolge der Einstellung der Feindseligkeiten notwendig sind. Das Ernährungsproblem in Europa ist heute äußerst verwickelt. Von sämtlichen europäischen Ländern mit einer Gesamtbevölkerung von 420 Millionen, haben tatsächlich nur drei, nämlich Südafrika, Ungarn und Dänemark, mit einer Bevölkerung von etwa vierzig Millionen, genügend Nahrungsmittelvorräte, um bis zur nächsten Ernte zu reichen, ohne auf Einfuhr angewiesen zu sein. Einige Länder bedürfen der sofortigen Unterstützung. Wir haben einen Vorrat von 189 bis 200 Millionen Tonnen Nahrungsmittel. Dieser Vorrat und andere kleinere Reserven können in die Welt befördert werden. Im ganzen Kontinentaleuropa sind die Vorräte erheblich vermindert. Es besteht daher ein Mangel, besonders Getreide. Die Länder in Europa haben ihre Ernte eingebracht. Unter günstigen Umständen würden die Erntevorräte für einen Zeitraum von mindestens zwei Monaten ausreichen. In diesen Zeiten der Transport- und Finanznot haben die Bauern die Regierung, ihre Erzeugnisse nicht auf den Markt zu bringen. Dadurch befinden sich die Staaten in großen Schwierigkeiten, sogar wenn auf dem Lande genügend Vorräte vorhanden sind. Die Bauern und Dorfbesitzer sorgen sich für die Regel für ein Jahr vor. Das Problem erweist sich somit nur noch auf die Städte. Ueberkommen mit den aliierten Regierungen sind schon abgeschlossen worden. Frankreich, England und Italien werden versorgt. Diese Länder umfassen 125 Millionen Menschen. Unsere nächste Sorge muß es sein, die Notabmaßnahmen so weit wie möglich beizubehalten, damit die neutralen Staaten in Europa, in denen gegenwärtig die verschiedenen Systeme der Rationierung aufgehoben werden, instande sind, für ihre eigene Bevölkerung zu sorgen, um das Anwachsen des Hungerismus zu verhindern. Diese Länder umfassen eine weitere Gruppe von 45 Millionen Menschen. Ein weiteres Problem stellt uns die fünf (?) Millionen Menschen, die in Nordrußland leben. Ein großer Teil von ihnen ist durch den Zusammenbruch des Verkehrsnetzes abgeschnitten und wird im Winter ohne Hilfe sein. Mit diesen Menschen hat das amerikanische Volk Mitleid und ist be-